

So wie es ist, darf es nicht bleiben

Wundern sollte man sich nicht. Der Rechtsruck durchzieht alles. Er durchzieht die Medien, die Parlamente, die Gerichte. Wer sich durch letztere Neutralität erhofft, kann nicht zuletzt am Exempel des Bundesverfassungsgerichtes sehen, wie eine halbwegs liberale Richterin in einer medialen Hetzjagd von Konservativen und anderen Rechten ausgeschaltet werden soll. Während in Teilen der BRD rechte Schläger im Aufwind sind, sieht die Mitte und ihr rechter Rand das Problem links stehen, wähnt sich gemeinsam mit der AfD im Kulturkampf und verbannt Regenbogenfahnen aus dem Bundestag. Gemeinsam wird nach unten getreten. Längst diskutieren SPD und Grüne in Hamburg die Einführung der entwürdigenden und repressiven Bezahlkarte für Grundsicherungsempfänger*innen.

Hanna, Zaid, Maja und all die anderen stehen für etwas anderes, für eine andere Idee von Gesellschaft. Es geht nicht nur um ein paar Antifas, es geht darum, wofür sie stehen. Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, sehen die Gefahr des Rechtsrucks, sie sehen auch den zunehmend autoritären Staatsumbau und vor allem sehen auch sie die Notwendigkeit zu handeln. Hanna meinte dazu in einem Interview, dass man gegen Ungerechtigkeit immer vorgehen müsse: „Egal, ob in der Kunst, in meinem Umfeld, auf meiner Arbeit oder auf der Straße: Schau hin! Tu was! Mache! Sei laut!“ Die Zeit gebietet es. Antifa ist notwendig. Antifa ist Pflicht.

Kommt daher am Samstag nach dem Urteil nach Nürnberg und zeigen wir gemeinsam, dass wir hinter den Beschuldigten stehen. Machen wir deutlich, dass die Repression es nicht schaffen kann, uns zu entzweien, zu brechen oder uns mundtot zu machen

aktuelle Infos findet ihr unter:

alleantifa.noblogs.org und red-side.net

weitere Infos zum gesamten Budapestkomplex findet ihr unter:

basc.news

Spendet an die Rote Hilfe:

Rote Hilfe

GLS Bank

IBAN: DE85 4306 0967 4007 2383 59

BIC: GENODEM1GLS

Verwendungszweck: „WirsindalleAntifa“

V.i.S.d.P.: A.Müller, Pirckheimerstraße 4, Nbg.

**WIR
SIND
ALLE
ANTIFA**
*Keine Auslieferung
nach Ungarn!*

ANTIFASCHISMUS BLEIBT NOTWENDIG

& WIR SOLIDARISCH



DEMONSTRATION

AM SAMSTAG NACH DER URTEILSVERKÜNDUNG

27.09.2025

Veit Stoß Park Nürnberg

12.00



Am 26. September wird in München voraussichtlich ein Urteil gefällt. Es wird das erste Urteil eines deutschen Gerichtes gegen die Beschuldigten im sogenannten Budapest Komplex sein. Unsere Genossin, Freundin, Nachbarin, Kommilitonin und Kollegin Hanna aus Nürnberg soll verurteilt werden. Wenn es nach der Bundesanwaltschaft geht, zu unfassbaren 9 Jahren Haft. Angeblich soll sie Hitler-Fans in Budapest gemeinsam mit anderen Antifaschist:innen verprügelt haben. Die Anklage lautet sogar auf versuchten Mord und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Nachdem der Prozess kurz vor dem Ende steht, muss man sagen: Nichts davon ist auch nur im Ansatz belegt. Es ist nicht einmal zweifelsfrei feststellbar, dass Hanna vor Ort war. Doch der politische Verfolgungseifer der Generalstaatsanwaltschaft kennt keine Grenzen: Sogenannte Superrecognizer wollen Menschen anhand von intuitivem Bauchgefühl erkennen, obskure Körpervermessungen sollen sie identifizieren.

All das sind unwissenschaftliche und zudem sehr kostspielige Versuche, Hanna auf Biegen und Brechen zumindest ihre angebliche Anwesenheit nachzuweisen. Dieser Hokusfokus ist wohl das letzte Mittel der Verzweifelten. „In Zweifel für den Angeklagten“, viele kennen den Satz aus Serien, doch in Wirklichkeit findet er wenig Anwendung. Es lässt sich nur mutmaßen, aber bei all dem Verfolgungswillen, der unnötigen U-Haft, der Vorverurteilung und der Dämonisierung ist ein Freispruch in diesem politisch aufgeladenen Verfahren kaum zu erwarten. Auch wenn das ein Schock für viele wäre, die im festen Glauben an ein rechtsstaatliches Verfahren in Deutschland gekämpft haben, um einen politischen Schauprozess im rechtsautoritären Ungarn zu verhindern.

Urteil könnte Blaupause werden

Das Urteil am 26.9. ist in mehrerlei Hinsicht wichtig. Zum einen wird es über die Zukunft eines Menschen entscheiden. Selbst wenn Hanna bald nach Hause könnte, haben sie ihr eineinhalb Jahre gestohlen. Selbst wenn sie direkt am 15.9. das Gericht als freier Mensch verlassen würde, wäre sie 500 Tage ihres Lebens beraubt worden. 500 Tage, an dem sie die Menschen, die sie liebt, nur alle paar Wochen sieht oder hört. 500 Tage ohne selbst bestimmen zu können, wann sie Sport macht, isst, schläft, duscht. 500 Tage ohne die Möglichkeit, die medizinische Versorgung zu bekommen, die sie braucht. 500 Tage Knast eben. Und wenn das Urteil politische Härte zeigen soll, kann es auch zu einem noch längerem Zeitraum kommen, in dem Hanna dieser totalen Fremdbestimmung ausgesetzt sein wird.

Zudem stehen die nächsten Prozesse im sogenannten Budapest Komplex schon vor der Tür. Immerhin 6 Verfahren sollen bald in Düsseldorf geführt werden. Auch in Dresden wurden Anklagen erlassen, die das Verfahren mit Angriffen gegen Faschist:innen in Deutschland koppelt. Aus allen ist eines zu lesen: die selbe Motivation wie bei Hanna, ein politisches Verfahren zu führen, ein Netzwerk zu konstruieren, Linke zu kriminalisieren, Antifaschist:innen einzuschüchtern. Allein der Aufwand der Ermittlungen steht in keinem Verhältnis, wenn man die Angriffe von Faschist:innen auf SPD Politiker:innen, auf Menschen in Berlin, die zu einer Demo gegen Nazis fahren wollten, den Überfall auf Leipzig Connewitz, wo Nazis Läden zerstört und auf alles eingeschlagen haben, was sich bewegt, Brandanschläge auf (geplante) Geflüchtetenunterkünfte sowie Jugend- und Kulturzentren etc. betrachtet.

In all diesen Fällen sehen wir nicht annähernd das selbe Muster: keine Öffentlichkeitsfahndungen, kein Versuch zwischen all den Angriffen ein Dach zu schaffen und es einer kriminellen Vereinigung zuzuordnen. Im Falle des massiven Überfalls auf den Stadtteil Connewitz in Leipzig z.B. wurde zwei Jahre später lediglich Landfriedensbruch zur Anklage gebracht und 1 bis 1,5 jährige Bewährungsstrafen verhängt.

Hintergründe

Jedes Jahr begehen Nazis aus ganz Europa und darüber hinaus im ungarischen Budapest den sogenannten „Tag der Ehre“. Rund um den 11.2. wird die Stadt zum Schauplatz eines nahezu beispiellosen Nazi-Spektakels. Die angereisten Nazis huldigen jenen 70.000 Faschisten (Waffen-SS, Wehrmacht und ungarische Kollaborateure) die 1945 kurz vor Kriegsende einen Ausbruchversuch aus dem Kessel der Roten Armee, begingen und fast alle gestorben sind. Jährlich pilgern Nazis nur dort hin, wandern den Weg ihrer geistigen Ahnen nach, veranstalten Nazi-Konzerte und vernetzen sich. Teile dieses NS-Events werden vom ungarischen Staat finanziell gefördert. In Budapest kommt es in diesen Tagen immer wieder zu Übergriffen auf Menschen, die nicht in das menschenverachtende Weltbild der Faschist:innen passen. In den letzten Jahren kommt es aber auch verstärkt zu Protest gegen diesen Wahnsinn. Antifaschist:innen, die im rechtsautoritären Umgang so oder so keinen leichten Stand haben, stellen sich dem Treiben mutig entgegen und erfahren dabei Unterstützung von Menschen aus anderen europäischen Staaten. Im Jahr 2023 kam es am Rande der Gegenaktivitäten zu körperlichen Auseinandersetzungen und ein paar Nazis wurden dabei verprügelt.

Seitdem läuft eine grenzübergreifende Hetzjagd - teils inklusive Öffentlichkeitsfahndungen - gegen rund ein Dutzend junger Menschen. Manche wurden noch in Ungarn aufgegriffen und eingeknastet. Maja wurde in Deutschland aufgegriffen und in einem Justiz-Krimi, bei dem selbst das oberste deutsche Gericht den Auslieferungseifer der Ermittlungsbehörden nicht bremsen konnte, nach Ungarn ausgeliefert. Einige entziehen sich durch Untertauchen der Repression. Dem jungen Nürnberger Zaid droht nach wie vor die Auslieferung nach Ungarn, da Deutschland nicht willens ist, eine politische Entscheidung gegen eine Auslieferung in ein Land zu treffen, gegen das das Europaparlament Sanktionen verhängt hat, weil es die Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Schutz von Minderheiten etc. nicht mehr gewahrt sieht und seinen eigenen Mitgliedsstaat als Wahllautokratie bezeichnet.